

nicht mehr als sieben Mitglieder beherbergen dürfen. So wurden Ende Juni 1983 in Ho-Chi-Minh-Stadt 13 Ordensleute, darunter führende Jesuiten, wegen angeblichen Hochverrats zu teilweise langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt (HK, November 1983, 533).

Am härtesten trifft die Kirche die *Behinderung der Nachwuchsförderung*. Seit 1982 gibt es nur noch sechs Priesterseminare, davon vier im Süden, die pro Jahr allenfalls einige wenige Kandidaten aufnehmen dürfen. Auch Priesterweihen sind nur mit behördlicher Genehmigung möglich – so konnten 1976–1983 in Ho-Chi-Minh-Stadt gerade fünf Priester geweiht werden (vgl. *Mondo e missione*, 15. 11. 83). Die staatliche Haltung illustriert deutlich ein Zirkular, das vom Volkskomitee der Provinz Dong Nai herausgegeben wurde. In dieser Region, die den höchsten Bevölkerungsanteil an Katholiken in Südvietnam aufweist, darf demnach die Erlaubnis zur Priesterweihe nur in Ausnahmefällen erteilt werden, da „240 Priester für 191 Pfarreien, 74 Vikariate und einige religiöse Einrichtungen ausreichen“ (vgl. *Mondo e missione* a.a.O.). Priester dürfen nicht außerhalb ihrer Pfarreien aktiv werden, und „umerzogenen“ Priestern ist die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu untersagen. Ordensleute, die keine Pfarrei betreuen, dürfen gleichfalls nicht privat priesterliche Aufgaben übernehmen.

Solche Beschränkungen sind für die Kirche um so spürbarer, als von den

etwa 2000 Priestern noch immer viele inhaftiert sind (unter ihnen der Koadjutor von Saigon, *Nguyen Van Thuan*) oder in „Umerziehungslagern“ leben (die Zahlenangaben schwanken zwischen 150 und 250). Die Lager unterscheiden sich dabei in keiner Weise von den Straflagern in anderen kommunistischen Staaten – unter meist menschenunwürdigen Bedingungen lebend, verrichten die Internierten Zwangsarbeit, stets im ungewissen darüber, ob und wann man sie jemals freiläßt (vgl. *Echange France-Asie*, Dossier 1/84). Angesichts dieser Umstände grenzt es fast an ein Wunder, daß sich die kirchliche Gemeinschaft dennoch eines ungebrochenen Zustroms erfreut.

Kirche als willkommener Sündenbock

Die Haltung der Regierung, die darauf zielt, die Kirche zu isolieren, innerkirchliche Aktivitäten zu kontrollieren und die Gemeinschaft mit Hilfe parteihörriger „Katholiken“ gegebenenfalls zu spalten, ist von mehreren Faktoren bestimmt. Die entschieden antikommunistische Position der meisten Katholiken in der Vergangenheit, die sich nicht zuletzt Mitte der 50er Jahre in der Flucht einer Million überwiegend katholischer Vietnamesen aus Nordvietnam äußerte, wirkt wohl immer noch als *Trauma* nach. Entsprechend betrachtet man gerade die Katholiken Südvietnams weiterhin als Gefahr für das sozialistische System und macht die Kirche mitverantwort-

lich für den „Negativismus“, den *passiven Widerstand* vieler Südvietnamesen gegen die Dominanz nordvietnamesischer Funktionäre.

Hinzu kommt, daß die derzeit praktizierte liberalere Wirtschaftspolitik vor allem in Südvietnam zu einem Anstieg der Korruption geführt hat. Derartigen desintegrierenden Tendenzen möchte man mit einer *härteren ideologischen Haltung* entgegentreten, wobei man die Kirche als willkommenen Sündenbock benutzt. Auf dieser Linie liegt auch, daß sich die kommunistische Führung mehr und mehr von ihren ehemaligen südvietnamesischen Sympathisanten trennt. Zu diesen hatten prominente Katholiken gehört, die in den 70er Jahren ursprünglich für einen „dritten Weg“ zwischen dem Thieu-Regime und den Kommunisten eingetreten waren, um sich dann für die letzteren als das „kleinere Übel“ zu entscheiden. Für eine Übergangszeit spielten sie für die Partei eine nützliche Vermittlerrolle, doch inzwischen werden sie eher als ideologische Gegner betrachtet.

So mußte kürzlich einer der bekanntesten Katholiken innerhalb dieser Bewegung, der Priester *Chan Tin*, seinen Sitz im Zentralkomitee der „Patriotischen Front“ aufgeben (*Far Eastern Economic Review*, 15. 3. 84). Es deuten also alle Anzeichen darauf hin, daß der Staat einen entscheidenden Schlag gegen die Katholiken als eigenständigen gesellschaftlichen Faktor im öffentlichen Leben Vietnams führen will. P. D.

Die geistigen Fronten in Bewegung

Österreich nach Kreisky

Seitdem die Sozialistische Partei vor etwa einem Jahr in Österreich die absolute Mehrheit verloren hat und *Bruno Kreisky* als Bundeskanzler zurückgetreten ist, veränderte sich die Szenerie der alpenländischen Politik in rasantem Tempo und in erstaunlichem Ausmaß. Der neue Bundeskanzler *Fred Sinowatz* ist wohl wegen seiner Freundlichkeit beliebt, und nicht wenige Österreicher können sich mit ihm gerade wegen seiner „menschlichen Breite“ identifizieren. Dem im Amt befindlichen Kanzler fehlt aber

jene Souveränität, die *Bruno Kreisky* selbst in recht zweifelhaften Situationen gezeigt hatte, und es geht ihm die Entschlußkraft ab, die seine Partei und das ganze Land dringend brauchen würden.

Bundeskanzler Sinowatz steht als Koalitionspartner der kleinen freiheitlichen Partei Vizkanzler *Norbert Steger* zur Seite, der Parteiobmann der FPÖ. Er konnte in der ersten Zeit der rot-blauen Koalitionsregierung manche taktische Erfolge mit seinem „Wiener Schmah“ erringen, so

wie er schon beträchtliche Geschicklichkeit bewiesen hatte, als er seinen Vorgänger in der freiheitlichen Parteiführung, den Grazer Bürgermeister *Alexander Götz*, aus dieser Position hinausbugsierte. Der Anzug eines Staatsmannes paßt jedoch zu dem neuen Vizekanzler nicht so recht, und gerade in den südlichen und westlichen Bundesländern erweist sich Norbert Steger immer klarer als ausgepichteter „Wähler-Schreck“.

Konjunkturaufschwung mit Schönheitsfehlern

Wirtschaftlich ist auch in Österreich zum erstenmal seit Jahren ein deutlicher *Konjunkturaufschwung* zu beobachten, mit sehr verschiedenartigen Zügen je nach Branche und Region. Zu einiger Besorgnis geben jedoch die steigenden Inflationsraten Anlaß. So übertraf Österreich mit einer 5,6prozentigen Geldentwertung im Januar selbst das inflationsgewohnte Großbritannien. Österreich, das sich auch in den schlimmsten Jahren der Rezession als „Musterknabe“ in der Inflationswertung erwiesen hatte, sackte zu Beginn dieses Jahres in der Rangliste der zwanzig OECD-Mitgliedsländer plötzlich auf den drittletzten Platz ab. Der Anschluß an den mitteleuropäischen Hartwährungsblock mit der Bundesrepublik, der Schweiz und Holland ging damit zum erstenmal verloren.

Wirtschaftsexperten wiesen nach, daß sich diese für Österreich abnormen Inflationsraten in erster Linie aus hausgemachten Preissprüngen ergeben haben, vor allem aus dem sogenannten „Belastungspaket“ der rot-blauen Koalitionsregierung, das zu Beginn des Jahres 1984 der österreichischen Bevölkerung schwerwiegende Steuererhöhungen auflastete. Besonders folgenschwer und nachteilig wirkte sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 20 Prozent aus. Die Anhebung der Mehrwertsteuer von 13 auf 20% bei allen Energielieferungen (Strom, Gas, etc.) hatte besonders fatale Folgen auf den Preisindex, der allein im Januar um 2,5% hinaufschleunigte. Das war der ausgiebigste Preisschub, der seit 20 Jahren in Österreich verzeichnet worden ist.

Aber auch die Einführung einer *Zinsertragssteuer* auf alle Bank- und Sparguthaben führte zu bedenklichen Entwicklungen: Es kam zu einem massiven Devisenabfluß, der erst in den folgenden Monaten mit einiger Mühe gestoppt werden konnte. Die Erhöhung der sogenannten Luxussteuer auf 32%, die alle neuen Autos, Pelze und Schmuckgegenstände betrifft, dämmte hingegen den Boom bei Autokäufen, der schon seit dem Herbst 1983 zu bis dahin kaum dagewesenen Rekordziffern bei der Neuzulassung von Autos führte, nur vorübergehend ein.

Nicht weniger folgenschwer erwies sich die Entscheidung von Bundeskanzler Sinowatz, in die Geschäftsführung des verstaatlichten Eisen- und Stahlkonzerns VOEST-Alpine einzugreifen. Der Vorstand dieses Konzerns hatte sich im März entschlossen, die umfangreichen Sozialleistungen – Pensionszuschüsse, Heizmaterialdeputate, Mietzinsbeihilfen, Essensmarken, Fahrkostenvergütun-

gen etc. – um insgesamt 600 Millionen Schilling zu kürzen. Als der Betriebsrat mit Streik drohte, intervenierte der Bundeskanzler bei der Konzernführung, die diesen Sparbeschluß zurückziehen mußte. Daraufhin beschlossen die Belegschaften anderer verstaatlichter Betriebe, ihre Zustimmung zur Kürzung von Sozialleistungen zu widerrufen: Eine beträchtliche Unruhe in den Staatsunternehmen war die zwangsläufige Folge.

Wachsendes Unbehagen

Das Schicksal der verstaatlichten Industrie in Österreich wird immer mehr zu einer Nagelprobe für die Wirksamkeit und Durchschlagsfähigkeit dieser Regierung. Von insgesamt 590.000 Arbeitnehmern in der gesamten österreichischen Industrie sind 105.000 Arbeiter und Angestellte in verstaatlichten Unternehmungen beschäftigt. Etwa ein Fünftel der österreichischen Industrieproduktion geht auf das Konto der Staatsbetriebe.

Ein großer Teil dieser Betriebe wurde während der Besatzungszeit zwischen 1945 und 1955 nationalisiert. Die beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ wollten damals die Unternehmen, die von Besatzungsmächten, vor allem von den Sowjets, auf Grund des Potsdamer Abkommens als „deutsches Eigentum“ reklamiert wurden, auf diese Weise vor fremdem Zugriff retten. In der sowjetischen Besatzungszone Österreichs gelang dies nicht: Es wurden von den russischen Truppen auch jene Betriebe beschlagnahmt, die vom österreichischen Parlament als „volkseigen“ deklariert worden waren. Im Staatsvertrag des Jahres 1955 mußte sich Österreich gegenüber der Sowjetunion zu Milliardenzahlungen verpflichten, um diese Unternehmungen zurückzukaufen, die bis zum heutigen Tag im Eigentum des Staates stehen.

Durch die Wirtschaftskrise der letzten Jahre sind viele dieser Unternehmungen, vor allem in der Eisen- und Stahlbranche, in Milliardendefizite hineingerutscht, und nur immer höhere Staatszuschüsse retteten sie vor dem Bankrott, der in vielen Fällen – so etwa bei den Vereinigten Edelstahlwerken – droht.

Als besonders gefährdete Krisengebiete erwiesen sich die Standorte dieser Industrien in der Obersteiermark und im südlichen Niederösterreich. Tausende Arbeiter und Angestellte mußten dort gekündigt oder umgeschult werden. Es ist verständlich, daß gerade in diesen Regionen das *Unbehagen* über die Regierungspolitik wächst – auch bei sozialistischen Stammwählern. Die *Entschlußlosigkeit* der Regierung verunsichert aber auch in anderen Regionen die sogenannten „Kreisky-Wähler“, die zur Zeit des seinerzeitigen „Sonnenkönigs“ mit etwa sechs bis sieben Prozent der gesamten Wählerzahl die absolute Mehrheit Bruno Kreiskys mehr als zehn Jahre lang gesichert haben und die nun allmählich in Bewegung geraten.

Dieser Hintergrund erklärt die schweren *Niederlagen*, die die SPÖ und ihr freiheitlicher Koalitionspartner in Niederösterreich und in Salzburg bei den dortigen Landtagswahlen hinnehmen mußten. Die FPÖ in Salzburg ver-

lor sogar ihren einzigen Sitz in der Landesregierung. Die ÖVP konnte hingegen in beiden Bundesländern ihre Position stark ausbauen.

Zu einer besonderen Enttäuschung für die sozial-liberale Koalition wurde die *Arbeiterkammerwahl* in Österreich, die den Sozialisten in manchen Regionen erdrutschartige Stimmenverluste bescherte. So ging zum erstenmal in der Geschichte der Republik der Posten des Präsidenten der Tiroler Arbeiterkammer von der SPÖ auf die ÖVP über. Die Volkspartei hat damit nach Vorarlberg nun auch in einem zweiten Bundesland die Mehrheit in einer Arbeiterkammer erobert. Besonders massiv fielen die Gewinne der ÖVP in der Steiermark aus, wo die Kandidaten der Volkspartei im Wahlkörper der Arbeiter die höchsten Stimmengewinne (acht Prozent plus) erzielen konnten. Dieses Wahlergebnis zeigt deutlich, daß die Unzufriedenheit mit der eigenen Parteiführung nun schon bis in die Kernschichten der sozialistischen Wähler vorgedrungen ist.

Ungewöhnliche Initiative gegen Abtreibung

Diese Verunsicherung im Bereich der SPÖ nützte eine kleine Gruppe katholischer Jugendlicher, die sich zur „Aktionsplattform Geborene für Ungeborene“ zusammenschloß, zu einem Vorstoß in die seit Jahren umstrittene Konfliktzone der *Fristenregelung*. Anders als die „Aktion Leben“, die die Sozialistische Partei und ihre Führung wegen der von ihr beschlossenen Fristenregelung immer wieder heftig attackiert hatte, klammerte die neu entstandene Aktionsgruppe die strafrechtliche Dimension der Fristenregelung fürs erste aus. In einer Unterschriftenaktion zielt die Plattform „Geborene für Ungeborene“ vielmehr auf eine möglichst umfassende *Bewußtseinsbildung*. In der Petition, die den Mitgliedern der beiden Häuser des österreichischen Parlaments vorgelegt werden soll, wird die österreichische Bevölkerung aufgerufen, alles zu tun, damit jedes in Österreich empfangene Kind seine Geburt erleben kann: „Schaffen Sie die Voraussetzungen, daß keine Frau in Österreich aus Not ihr Kind abtreiben muß! Setzen Sie ein deutliches Signal, daß Abtreibung keine annehmbare Art der Geburtenregelung ist!“

Junge Leute der Aktionsgruppe sprachen nicht nur Angehörige des „eigenen Lagers“ mit der Bitte um Unterschrift und Unterstützung an, sondern auch Menschen anderer Überzeugung, auch liberale und sozialistische Politiker. Binnen kurzer Zeit gelangen auf diese Weise erstaunliche Erfolge: Zahlreiche Mitbürger, die durchaus nicht als Christen zu bezeichnen sind, unterzeichneten die ungewöhnliche Initiative. Am gewichtigsten ist wohl die Unterschrift des Klubobmanns der sozialistischen Parlamentsfraktion, *Sepp Wille*, dessen Zustimmung zur Aktion „Geborene für Ungeborene“ Verwunderung, auch Proteste in den Reihen der eigenen Partei auslöste. In einem Interview mit dem sozialistischen Zentralorgan „Arbeiterzeitung“ wurde der SPÖ-Klubobmann gefragt,

warum er denn diese Initiative unterstütze. Klubobmann Wille antwortete, er glaube, diese Aktion sei anständig, und „darum hat sie meine volle Sympathie“. Worüber in der neu aufgeflamten Debatte über die Fristenregelung in Österreich eigentlich gesprochen werden sollte, wurde der Klubobmann weiter gefragt. Wille wörtlich: „Wir sollten uns über die Parteien hinaus gemeinsam überlegen, welche flankierenden Maßnahmen zur Senkung der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche gesetzt werden müssen.“

Damit ist ganz gewiß *keine grundlegende Stimmungsänderung* in dieser Frage herbeigeführt worden. Dazu sitzen Ressentiments vielfältiger Art zu tief. Bemerkenswert ist aber, daß eine Gruppe unbekümmerter junger Leute diesen Einbruch in festgefügte Vorstellungen erzielen konnte und daß zum ersten Mal seit vielen Jahren beim Thema Abtreibung die Fronten wieder etwas in Bewegung geraten sind.

Der Erzbischof von Wien, Kardinal *Franz König*, nützte diese Chance: Er lud die Klubobmänner der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ zu einem gemeinsamen persönlichen Gespräch zu sich ein. Über den Verlauf dieser Aussprache wurde nichts bekanntgegeben. Mit Sicherheit sind jedoch Möglichkeiten flankierender Maßnahmen zur Fristenregelung erörtert worden, die von kirchlicher Seite nun schon jahrelang vergeblich gefordert wurden. Eine Rückkehr zu Strafbestimmungen im Zusammenhang mit der Abtreibung wird selbst von Bischöfen für unrealistisch gehalten. „Wir wollen die Gewissen, nicht die Paragraphen mobilisieren“, hieß es in einer Stellungnahme dazu.

Emotionen freigesetzt

Die Fronten der geistigen Auseinandersetzung sind aber nicht nur in Richtung neuer und unkonventioneller Überlegungen in Fluß geraten, sie lassen auch *neue Verhärtungen* erkennen. So ist innerhalb der ÖVP, die nun zum ersten Mal berechnete Hoffnungen auf einen Sieg bei den nächsten Nationalratswahlen im Jahr 1987 hegen darf, eine Gruppe sichtbar geworden, die sich durch auftrumpfendes Machtbewußtsein, durch überzogene und illiberal wirkende Angriffe gegen den Generalintendanten des Österreichischen Rundfunks (ORF), *Gerd Bacher*, und durch heftige Attacken gegen den Kurs der katholischen Kirche in Österreich gefällt. So erklärte der Leiter der Politischen Akademie der ÖVP, *Andreas Khol*, in einem Interview: „Die Katholiken, die mobilisierbar sind und die sich engagieren, die in den Pfarren mitarbeiten, im Laienapostolat, im täglichen Leben der Pfarre, sind identisch mit dem ÖVP-Wähler, dem ÖVP-Politiker.“ Der österreichische Katholikentag im vergangenen Herbst habe das klagemacht, meinte Khol, der nicht verriet, was ihn zu derartig kühnen Schlüssen verführt hat.

Der ÖVP-Funktionär, der für die ideologische Linie seiner Partei in hohem Maß mitverantwortlich ist, begnügte sich aber nicht mit diesen eher allgemeinen Ausfällen, sondern griff auch sehr persönlich den Wiener Kardinal *Franz König* an, gegen den es in manchen traditionali-

stisch denkenden Kreisen alte Ressentiments gibt. Unter der Führung des Kardinals sei es möglich geworden, so ereiferte sich der Chef der politischen Akademie der ÖVP, daß Sozialisten „wie der verlorene Sohn“ behandelt würden und daß Katholiken Hand in Hand mit Kommunisten und Sozialisten marschierten: „Ein Verschulden dafür trifft sicher auch die Hierarchie, die diese Organisationen zu lang an der langen Leine geführt hat oder, um es theologisch zu sagen: das Lehramt nicht ausgeübt hat.“ Damit meinte Khol offenbar die Haltung einiger Funktionäre der katholischen Jugend, die eine Zeitlang auch in kommunistisch infiltrierten Gremien der österreichischen Friedensbewegung mitarbeiteten, die dies aber gewiß nicht mit Zustimmung des Kardinals unternahmen und die inzwischen von Jugendbischof *Egon Kapellari* zur Raison gerufen wurden.

In kirchlichen Kreisen wird vermerkt, daß diese Attacken, die durch ihre verbale Deftigkeit besonders befremdend wirkten, von einem Politiker stammen, der ein besonderes Nahverhältnis zum ÖVP-Parteiboss *Alois Mock* hat. Von der Öffentlichkeit wurden diese Ausfälle nur am Rande zur Kenntnis genommen. Sie wird von anderen spektakulären Vorgängen in Atem gehalten: Umwelt-

schützer mit dem Nobelpreisträger *Konrad Lorenz* an der Spitze blasen zur Vergatterung gegen ein neues Donaukraftwerk bei Hainburg unweit der ungarischen Grenze, ein Volksbegehren dagegen ist bereits angelaufen. *Jörg Mauthe*, ein Vertrauter des Wiener ÖVP-Obmanns *Erhard Busek*, unterstützt es ebenso wie der Sozialist *Günther Nennung*, der Vorsitzende der österreichischen Journalistengewerkschaft, der seit Jahrzehnten jeden Versuch, gegen die etablierten Mächtigen aufzumucken, unterstützt. Bundeskanzler *Sinowatz* hingegen kündigte an, das Donaukraftwerk Hainburg werde auf jeden Fall gebaut, und auch das seit Jahren fertiggestellte, aber durch Volksabstimmung stillgelegte Atomkraftwerk Zwentendorf solle endlich in Betrieb gehen. *Anton Benya*, der Vorsitzende der mächtigen österreichischen Einheitsgewerkschaft, hat dem Kanzler in dieser Frage seine volle Unterstützung zugesichert und auf dem Wiener Heldenplatz mehr als 40 000 Arbeiter aufmarschieren lassen. Die Auswirkungen der deutschen Streikbewegung auf die Produktion zahlreicher österreichischer Zulieferbetriebe sorgt für den dramatischen Hintergrund dieses Zusammenstoßes zwischen Ökologie und Ökonomie. Damit sind Emotionen freigesetzt, die alle sachlichen Erwägungen überschreien und überdecken.

Fritz Csoklich

Die Hispanics: Eine Minderheit beunruhigt die USA

Sie werden „latinos“ oder „latins“, „hispanos“ oder „hispanics“ genannt und bilden mit fast 20 Millionen die zweitgrößte ethnische Minderheit der USA: in den Vereinigten Staaten lebende und arbeitende Ausländer oder inzwischen naturalisierte US-Bürger lateinamerikanischer Herkunft. Im Jahr der amerikanischen Präsidentschaftswahlen wird den „hispanics“ ein ungewohnt hohes Maß politischer Beachtung zuteil. Demokraten wie Republikaner werben um ihre Stimme vor allem aus einem Grund, der im amerikanischen Wahlsystem liegt: die hispanische Bevölkerung konzentriert sich hauptsächlich in sechs Bundesstaaten, die allein mehr als die Hälfte der für einen Wahlsieg notwendigen 270 Wahlmänner stellen. Die Möglichkeit, die „hispanics“ könnten im Herbst den Ausschlag geben, wird zur errechenbaren Wahrscheinlichkeit, wenn ihre sich verstärkt politisch formierenden Organisationen das angestrebte Ziel erreichen, zu den bisher 3,5 Millionen weitere anderthalb Millionen wahlberechtigter „hispanics“ in die Register zu bringen.

Präsident *Reagan* und seine republikanische Partei, die unter der schwarzen Bevölkerung nur noch eine verschwindend geringe Anhängerschaft haben dürften, bemühen sich seit dem vergangenen Jahr mit gezielten propagandistischen Veranstaltungen um das Votum der „hispanics“, wenn auch mit mehr Verve als Überzeu-

gungskraft. Die aus Gründen des Wahlkalküls aus dem gesellschaftlich-sozialen und kulturellen Hintergrund ins Licht politischen Interesses gerückte hispanische Minderheit gehört wie die Mehrheit der 26 Millionen Schwarzen zu den Benachteiligten und damit zu den Kritikern der Reaganschen Sozialpolitik. Seine auf militärische Lösungen setzende Mittelamerika-Politik stößt bei den „hispanics“, die in der amerikanischen Berufsarmee überproportional vertreten sind, ebenfalls auf wachsenden Widerstand. Mit Ausnahme der Kubaner haben sie bisher ganz überwiegend demokratisch gewählt, was nicht bedeutet, daß die Partei sich in besonderem Maße für die Belange dieser sozial schwachen Bevölkerungsgruppe eingesetzt hätte. Sie wurde vielmehr – von Wahlzeiten abgesehen – von den Politikern wie der amerikanischen Gesellschaft vernachlässigt, allenfalls mit Furcht vor einer anschwellenden Einwanderungsflut beobachtet.

Vorurteile und Fakten

Sorge um die rasch anwachsende lateinamerikanische Minderheit und ihre Lebensbedingungen in der amerikanischen Gesellschaft veranlaßte die *katholische Bischofskonferenz der USA*, Anfang dieses Jahres ein recht ausführliches Dokument über „Die hispanische Präsenz –